

Parteitag - Eine Wahlaussage gibt es nicht. Dafür präsentieren sich die Grünen als Partner mit Wirtschaftskompetenz

Parteitag der Grünen: Raus aus der Öko-Nische

VON BETTINA JEHNE

BERLIN. Irmgard Zecher aus Reutlingen war nicht zufrieden: mit der Radsporthalle im Nordosten Berlins, wo der Grünen-Parteitag über die Bühne ging. Zu weitläufig, zu viele Treppen - nicht unbedingt ein geeigneter Veranstaltungsort für die 89-jährige Alterspräsidentin der baden-württembergischen Ökopartei. Der Rest aber, der gefiel dem grünen Urgestein. Diszipliniert arbeiteten die 800 Delegierten am Wochenende ihr 76-seitiges Wahlprogramm durch und segneten es einstimmig ab - das gab es bei den Grünen noch nie. Die zentrale Aussage des Konzepts lautet, man höre und staune: Die Grünen wollen binnen vier Jahren eine Million Arbeitsplätze schaffen, vor allem mit Investitionen in Klimaschutz, Bildung und Soziales.

1 200 Änderungsanträge (!) waren im Vorfeld eingegangen für den »neuen Gesellschaftsvertrag« mit all seinen Aussagen zum grünen »New Deal«, aber auch zu grüner Sozialpolitik, Europapolitik oder zu Bürgerrechten. Der erwartete Streit aber blieb aus; selbst gestern, als das Thema »mögliche Regierungspartner« auf der Tagesordnung stand.

»Ich bitte euch, stimmt dem Vorschlag des Bundesvorstands zu«, appellierte Spitzenkandidatin Renate Künast. Und der besagt: Die Grünen legen sich auf Inhalte, keinesfalls jedoch auf Koalitionspartner fest. Ausgeschlossen wird definitiv ein Bündnis mit CDU und FDP. Parteichefin Claudia Roth formulierte es so: »Jamaika bleibt in der Karibik.«

Die Basis kam der Bitte von Künast gerne nach - nachdem sie vor dem Konvent gedroht hatte, ihrer »Spitze« werde im Falle einer Wahlaussage für SPD und FDP kein Sturm, sondern ein Orkan der Entrüstung um die Ohren fegen. Zum Ausgleich zogen die Partei-Linken, darunter die Reutlingerin Beate Müller-Gemmeke und der Mannheimer Finanzexperte Gerhard Schick, ihren Antrag zurück, auf Rot-Dunkelrot-Grün zu setzen.

Ob Gesine Schwan diese Hintergründe kannte, als sie für den größten Lacher auf der Tagung sorgte? Die Sozialdemokratin, die in zwei Wochen mithilfe der Alternativen gerne zur Bundespräsidentin gewählt würde, lobte als Gastrednerin deren Wahlprogramm im Besonderen (»Ich teile eure Absichten ganz und gar«) und die Ökopartei im Allgemeinen (»Ihr habt uns viele Dinge beigebracht«). Als sie aber über die Grünen-Führung sprach, »die unglaubliche Autorität hat - jedenfalls für mich«, war's mit dem Ernst im Saal vorbei.

Standing Ovations für Gesine Schwan - Cem Özdemir musste sich bei seiner ersten Rede als Parteiboss hingegen mit Applaus begnügen und damit, dass die Basis ihm aufmerksam zuhörte. Özdemir warf der politischen Konkurrenz kollektives Versagen in der Krise vor. Und von wegen Wirtschaftskompetenz! »Wie weit ist es gekommen, dass die Abwrackprämie als Zeichen von Wirtschaftskompetenz gilt?«, wettete der Schwaben-Türke aus Bad Urach. »Nur grün«, da ist sich der Parteiboss sicher, »führt aus der Krise und der Klimakatastrophe zugleich«.

Die neue Ökonomie-Avantgarde, die sich zudem anschickt, dritte politische Kraft zu werden, das wollen von nun an die Grünen sein. Fraktionschef Fritz Kuhn erklärte, wie man sich das vorstellen muss. 80 Milliarden Euro weitere Schulden in vier Jahren müssen zwar sein. Sie würden aber investiert in Bereiche, »wo künftige Generationen auch was von haben«. Die Erhöhung des Spitzensteuersatzes und eine Vermögenssteuer sollen helfen, schnell wieder Geld in die Haushaltskasse zu kriegen.

Ganz neu: Auch die Kernbranchen Automobil, Chemie, Maschinenbau und Elektroindustrie werde man künftig »als Partner betrachten« und deren »ökologischen Umbau beschleunigen«, betonte Spitzenkandidat Jürgen Trittin. »Der Blaumann wird grün« - so bleibe man im internationalen Wettbewerb top.

Kernkraftwerke? Für die Alternativen ist das Energie von gestern. Kämen aber CDU und FDP an die Macht, würden die alten AKWs am Netz bleiben, gar neue gebaut. Renate Künast warnte: »Schwarz-Grün darf es nicht geben - das ist lebensgefährlich!« Deshalb hat laut Claudia Roth oberste Priorität, genau diese Konstellation zu verhindern. Doch ihre Partei will mehr: »Wir Grünen können und wir wollen regieren.«

Und die 1 200 Änderungsanträge? In den Stunden vor der Konferenz hatte die Antragskommission den Großteil in modifizierter Form ins Programm übernommen, einige Antragsteller zogen zurück. Der Kreisverband Bonn hielt jedoch an seiner Forderung nach einem Mindestlohn von 7,50 Euro fest. In den Gesellschaftsvertrag muss zudem ein neues Rentensystem nachgetragen werden, das Senioren absichert und in das jeder einzahlen muss. Auch eine bedingungslose Grundsicherung für Kinder setzte die Basis durch. Abgeschmettert wurde Thomas Poreski vom Kreisverband Reutlingen, der die Summe von 330 Euro für jedes Kind monatlich festgehalten haben wollte. (GEA)